

100 Jahre Wilfrid Schreiber

Bund Katholischer Unternehmer (BKU) erinnert an den Vater der "dynamischen Rente"

Prof. Dr. Wilfrid Schreiber, der Vater der "dynamischen Rente", wäre am 17. September 2004 genau 100 Jahre alt geworden. Der Bund Katholischer Unternehmer (BKU), dessen erster Geschäftsführer Schreiber von 1949-59 war, und die Universität Köln, an der Schreiber von 1960-72 Sozialpolitik lehrte, laden am 17. September 2004 um 17.30 Uhr zu einer Feierstunde in der Universität (Hörsaal XXIV, Albertus-Magnus-Platz 2) ein.

1954 hatte Schreiber im Auftrag des BKU den nach ihm benannten "Schreiber-Plan" zur Reform der Sozialsysteme entwickelt. Seine unter dem Titel "Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft" 1955 vom BKU veröffentlichte Gesamtkonzeption umfasste alle Bereiche der Sozialpolitik. Die Regierung Adenauer setzte allerdings nur den Rententeil um, und auch diesen nur teilweise. "Hätte die Politik damals Schreibers umfassendes Konzept ganz übernommen, wären unsere Sozialversicherungen heute nicht in einer Krise", erklärte die BKU-Vorsitzende Marie-Luise Dött (MdB). Sie kündigte an, dass der BKU anlässlich des 100. Geburtstages Schreibers Reformvorschläge zur Sozialpolitik vorlegen werde. "Die Grundgedanken des Schreiber-Plans lesen sich auch 50 Jahre danach, als ob sie erst gestern als Blaupause für die Lösung unserer aktuellen Probleme geschrieben worden wären", erläuterte Dött die Gründe für eine unveränderte Neuauflage der Schreiber-Schrift, die beim BKU erhältlich ist.

Hintergrund:

Adenauer hatte von Schreibers sozialpolitischem Gesamtkonzept die Grundidee übernommen, die Rentenversicherung zukünftig durch ein dynamisches Umlagesystem zu finanzieren und nicht mehr durch eine reine Kapitaldeckung, wie sie seit Bismarck bestand. Der große Vorteil dieser Systemveränderung bestand darin, dass die Rentnergeneration, deren Altersrücklagen durch die Hyperinflation der 20er Jahre, den 2. Weltkrieg und die Währungsreform 1948 fast völlig vernichtet waren, sofort abgesichert werden konnten. Darüber hinaus konnte sie auch direkt an den "dynamisch" wachsenden Einkommenssteigerungen der erwerbstätigen Generation teilhaben. Zwei entscheidenden Elementen der Reformvorschläge Schreibers folgte Adenauer aber nicht.

Zum einen legte sich der damalige Bundeskanzler mit Blick auf die Bundestagswahlen 1957 auf ein Rentenniveau von 70% des Bruttoeinkom-

Georgstraße 18
50676 Köln (Zentrum)
Tel. 02 21 / 2 72 37 - 0
Fax 02 21 / 2 72 37 - 27
e-mail: service@bku.de
Internet: <http://www.bku.de>

Mitglied der
Internationalen Christlichen
Unternehmervereinigung
UNIAPAC

Bankverbindung
Pax-Bank eG Köln
Kto-Nr. 137 370 10
(BLZ 370 601 93)

mens fest, da die SPD und die Gewerkschaften 75% gefordert hatten. Schreiber dagegen hielt im Umlageverfahren nur ein Niveau von 50% für langfristig finanzierbar, der Rest sollte durch private Vorsorge und Vermögensbildung sowie betriebliche Altersvorsorge abgedeckt werden. Schreiber warnte nachdrücklich vor einer politisch motivierten Überhöhung des Rentenniveaus und trug seine Bedenken im Dezember 1956 dem Sozialkabinett Adenauer persönlich vor, gemeinsam mit Prof. Josef Höffner, dem späteren Erzbischof von Köln, der damals ebenfalls Berater des BKU und Professor für christliche Gesellschaftslehre in Trier war: "Herr Bundeskanzler, man kann keine Rentenreform gegen die Mathematik machen." Adenauers Antwort darauf war entwaffnend einfach: "Meine Herren Professoren, wer muss nächstes Jahr die Wahlen gewinnen, Sie oder ich?" Damit war die Sache entschieden, mit fatalen Folgen für die Stabilität der Rentenkasse, wie man heute weiß.

Zum anderen, und noch gravierender in ihren Folgen, übernahm Adenauer Schreibers Idee einer "Kinder- und Jugendrente" nicht. Schreiber argumentierte, dass jeder Mensch im Leben das Einkommen konsumieren solle, das er selber zu erwirtschaften im Stande war. Das während der Erwerbstätigkeit erwirtschaftete Einkommen sollte in einem solidarischen Umlageverfahren auf die beiden Perioden der Nicht-Erwerbstätigkeit, also Kindheit und Alter umverteilt werden. Gleichzeitig war Schreiber klar, dass die Sicherheit der umlagefinanzierten Rente darauf beruhte, dass immer genug junge Menschen heranwachsen, die dann als Erwerbstätige die Renten der alten Generation erwirtschaften. Deswegen schlug er vor, dass alle Erwerbstätigen einen nach Anzahl der eigenen Kinder gestaffelten Beitrag in eine Familienkasse einzahlen sollten, der dann als Darlehen an die noch nicht erwerbstätige Generation ausgezahlt werden sollte. Dieses Darlehen sollten die Jungen später, wenn sie selbst erwerbstätig waren, an die dann im Rentenalter befindliche Darlehensgebergeneration in Form der Altersrente zurückzahlen. Adenauer jedoch war für diesen Gedanken nicht zu begeistern: "Kinder kriegen die Leute sowieso", erklärte er, und damit war auch dieses Thema entschieden.

Schreiber hat vor den damals von ihm genau vorhergesagten Folgen immer wieder gewarnt, und etwa 10 Jahre später sagte Höffner: "Wer unser Rentensystem später einmal ändern will, muss dann entweder die Alten enteignen oder die Jungen ausbeuten." Diese Aussage war nicht gespeist von prophetischer Gabe, sondern von der simplen Logik der Mathematik, gegen die eben keine Politik zu machen ist.

Presseservice:

Als Presseservice zum Thema bietet der BKU kostenfrei an:

- Original-Schreiber-Plan als pdf-Datei
- Schreiber-Foto als jpg-Datei
- Gastbeitrag zur Aktualität des "Schreiber-Plans" für die Reformen der sozialen Sicherungssysteme

Für Rückfragen und weitere Informationen stehen Ihnen die Geschäftsführer Peter Unterberg und Martin J. Wilde gerne zur Verfügung. Tel. 02 21 - 272 370 (Geschäftsstelle), 0172 - 233 99 46 (Unterberg), 0172- 234 19 22 (Wilde)

Dem 1949 gegründeten BKU gehören rund 1 200 Inhaber-Unternehmer, Selbständige und leitende Angestellte an. Der BKU ist in 36 Diözesangruppen gegliedert. In seinen Arbeitskreisen entstehen innovative Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik.